Begriff	Definition
Alternatives Vertretungsorgan (AVO)	Ein breites Spektrum an betriebsspezifischen Mitarbeitenden-Vertretungen (wie Sprecher*innen, runde Tische oder Ältestenrate) sammelt sich unter diesem Begriff. Sie dienen der betrieblichen Interessenregulierung in sehr unterschiedlicher Intensität, zumal sie keine rechtliche Grundlage haben. Quelle
Arbeitgeberverband (AGV)	<i>Arbeitgeberverbände sind fachlich, als Fachverbände der einzelnen Branchen wie der Holz bearbeitenden Industrie, der chemischen Industrie oder der Metallindustrie, und regional gegliedert. Es sind freiwillige Zusammenschlüsse von Arbeitgebern zur Wahrung ihrer gemeinsamen sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Interessen, die sie gegenüber dem Staat, der Gesellschaft und den Gewerkschaften vertreten. Als Tarifpartner der Gewerkschaften vertreten sie vor allem in Tarifverhandlungen die Interessen ihrer Mitglieder. Spitzenverband ist die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Quelle</i>
Beschäftigungssicherung	Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten steht Beschäftigungssicherung ganz oben auf der Agenda der Betriebsratsarbeit. Auslöser können neben Krisen aber auch die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit oder beschäftigungsfördernde Maßnahmen sein. Quelle Der Fokus liegt hierbei oftmals auf Qualifizierung und wird durch das Beschäftigungssicherung (BeschSiG) gestützt. Weitere Instrumente der Unterstützung finden sich hier .
Betriebsrat (BR)	<i>Ein Betriebsrat vertritt die Interessen der Beschäftigten im Betrieb und kann stellvertretend für sie mit dem Arbeitgeber verhandeln. Der Betriebsrat achtet darauf, dass die Rechte der Beschäftigten umgesetzt werden und niemand benachteiligt wird. Quelle</i>
Betriebsvereinbarung (BV)	Es handelt sich um rechtsverbindliche Übereinkünfte zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber, in denen verbindliche Regeln für den Betrieb formuliert werden . Dabei geht es um die Gestaltung des Arbeitsverhältnis der Arbeitnehmer:innen. Thematisch geht es meist um mitbestimmungspflichtige Angelegenheiten (§ 87 BetrVG), die noch nicht in einem gültigen Tarifvertrag geregelt sind (z. B. Arbeitsschutz und Mobile Arbeit). Quelle
Co-Management	Ein „moderner Betriebsrat“ setzt bei den Schwerpunkten seiner Arbeit mehr und mehr auf aktives Mitgestalten bis hin zum Co-Management. Klar definierte Rollen helfen bei einer vertrauensvollen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Quelle

Gewerkschaft	Gewerkschaften sind die sozialen und wirtschaftlichen Interessenvertretungen der abhängig beschäftigten Arbeitnehmer:innen (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Auszubildende). Historisch sind Gewerkschaften durch die Bildung und den Zusammenschluss von Selbsthilfe- und Schutzvereinen entstanden, die sich gegen menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, Kinderarbeit etc. wandten. Quelle
Interessenvertretung	Interessenvertretung bedeutet, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen und ihre Verbände politische Entscheidungen über Regelungen oder die Verteilung von Ressourcen zu ihren Gunsten beeinflussen wollen . Politische Akteure sind darauf angewiesen, dass sich organisierte Interessen an sie wenden. Quelle
Mitbestimmung	Mitbestimmung ist gelebte Demokratie am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen, im Konzern und in Verwaltungen. Sie sorgt für mehr Gerechtigkeit und stärkt den Zusammenhalt, denn sie hilft tragfähige Kompromisse zwischen den Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu finden. Quelle Betriebliche Mitbestimmung bedeutet, sich direkt am Arbeitsplatz für seine Belange einsetzen zu können . Es bedeutet auch, nicht alle Themen individuell mit dem Arbeitgeber verhandeln zu müssen, sondern eine gewählte Interessenvertretung zu haben, die das macht. Quelle
Partizipation	Der Begriff Partizipation geht auf das lateinische Wort „particeps“ (= „teilnehmend“) zurück und steht für Beteiligung, Teilhabe, Mitwirkung oder Einbeziehung. Es bedeutet außerdem, dass die Menschen ihre Erfahrungen und Wertvorstellungen in die gemeinsame Arbeit einbringen . Dadurch machen sie sich die Vorhaben zu eigen und übernehmen die Verantwortung für ihren Erfolg. Quelle
Personalrat (PR)	In öffentlich(-rechtlichen) Einrichtungen z. B. von Staat, Stadt und Gemeinde oder der Rundfunkanstalten (außerhalb der Privatwirtschaft) werden die Beschäftigten durch einen Personalrat statt durch einen Betriebsrat vertreten. Quelle
Soziale Marktwirtschaft	Deutschlands Wirtschaftsordnung ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie wurde aus der Freien Marktwirtschaft entwickelt. Damit keine zu großen sozialen Ungerechtigkeiten entstehen, greift der Staat wo nötig in die Freie Marktwirtschaft ein. Dabei wird die Freiheit der Marktwirtschaft da eingeschränkt, wo sie unsozial ist, wo sie nur den Starken dient und den weniger Starken schadet (z. B. Kündigungsschutz, Mutterschutz etc.). Quelle
Sozialpartnerschaft	Die Sozialpartnerschaft spielt eine herausragende Rolle. Insbesondere die Tarifpartnerschaft trug maßgeblich zum Erfolg der deutschen Wirtschaft und zum sozialen Frieden bei. Auf den unterschiedlichsten Ebenen findet das gestaltende Miteinander zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern z. B. in Form des sozialen Dialogs mit dem Ziel statt, Interessengegensätze durch Konsenspolitik zu lösen. Quelle

Tarifbindung	<p>Tarifgebunden ist der Arbeitgeber, wenn er dem tarifschließenden Arbeitgeberverband angehört und die Arbeitnehmer:innen, wenn sie der tarifschließenden Gewerkschaft angehören. Quelle Die Arbeitgeber machen die Abschlüsse meist für die gesamte Belegschaft geltend. Eine entsprechende Gültigkeit wird im Arbeitsvertrag vermerkt. Quelle</p>
Tarifvertrag (TV)	<p>Ein Tarifvertrag ist ein Vertrag zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften – das kann entweder ein einzelner Arbeitgeber (Haustarifvertrag) sein oder ein Arbeitgeberverband (z. B. Branchentarifvertrag), in dem sich mehrere Arbeitgeber einer Branche zusammengeschlossen haben. Hier können Fragen zu spezifischen Arbeitsbedingungen (z. B. zu Arbeitszeit und Entgelt) geregelt werden. Sie haben Tarifvorrang (§ 77 Abs. 3 BetrVG). Quelle</p>
Unternehmensmitbestimmung	<p><i>Wird auch paritätische Mitbestimmung genannt. Gemeint ist die Entsendung von Arbeitnehmervertreter:innen in den Aufsichtsrat großer Unternehmen (i.d.R. mehr als 500 Arbeitnehmer:innen). Die unternehmerische Mitbestimmung sorgt dafür, dass die Arbeitnehmer:inneninteressen bei Entscheidungen im Aufsichtsrat mit einfließen. Die Aufgabe des Aufsichtsrats besteht u. a. darin, den Vorstand bzw. die Geschäftsführung zu kontrollieren und zu beraten. Arbeitnehmervertreter:innen leisten sie einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltigere Unternehmenspolitik. Quelle</i></p>